



Liebe Leserinnen und Leser,

anti-europäische und EU-skeptische Parteien und Bewegungen erhalten immer mehr Zustimmung - in Italien, Polen oder zum Beispiel auch in Deutschland. Wie ist die aktuelle Lage und was sind Ursachen für diesen Trend? Das Europabüro der Stadt Nürnberg nimmt sich 2018 diesem Thema besonders an. Daher ist die diesjährige Sonder-Ausgabe unseres Newsletters dem EU-Skeptizismus gewidmet.

Wir wünschen eine interessante Lektüre und freuen uns auf Ihre Anregungen!

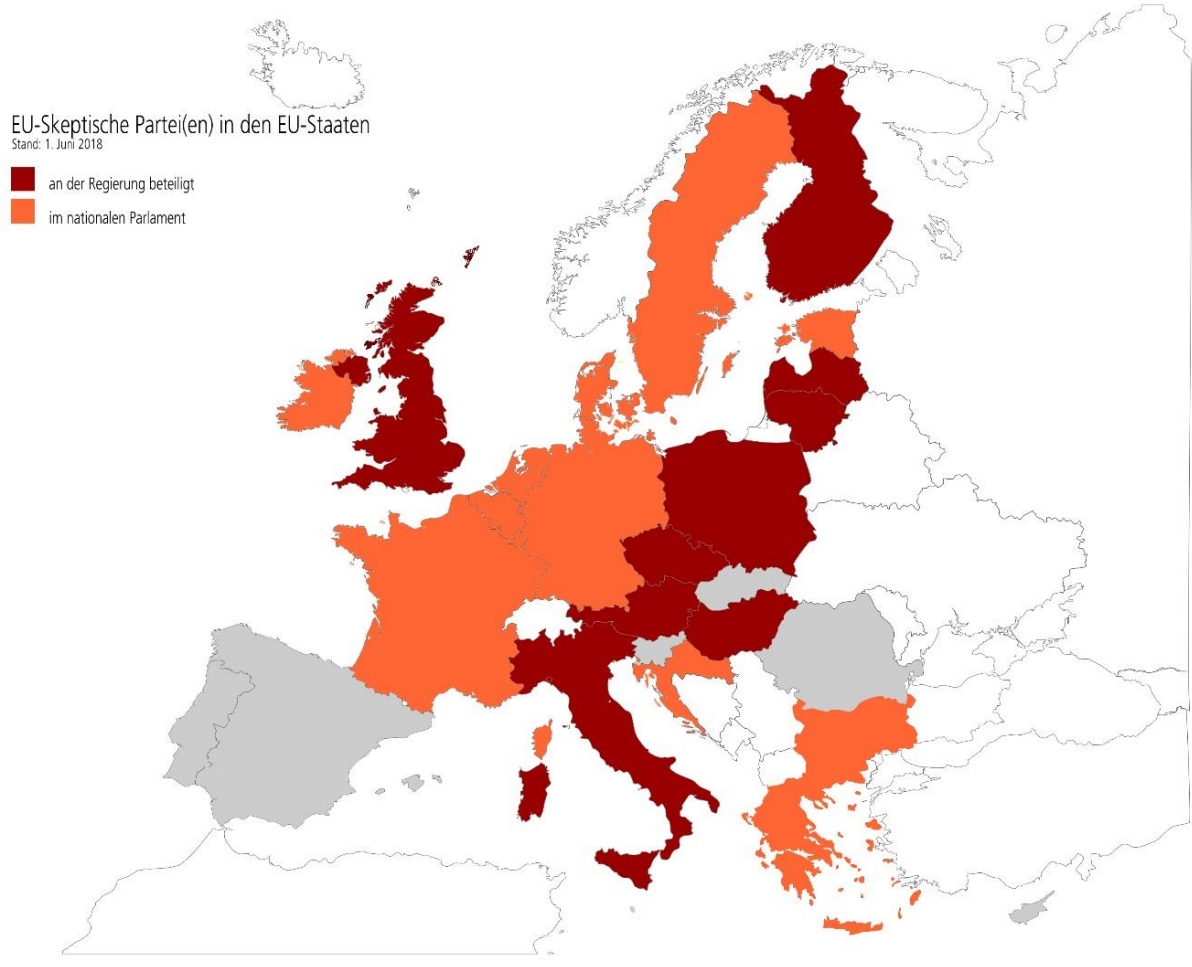
In dieser Ausgabe lesen Sie:

EU-Skeptiker auf dem Vormarsch	Seite 1
Themen des EU-Skeptizismus	Seite 3
Partizipationsmöglichkeiten in der EU	Seite 5
Internationales Projekt zum EU-Skeptizismus: CITIZEU	Seite 7
Termine	Seite 8
Impressum	Seite 8

EU-Skeptiker auf dem Vormarsch



Nicht nur im Vereinigten Königreich, wo mit dem Brexit-Referendum die Ablehnung der EU deutlich zum Ausdruck kam, gibt es EU-Skeptiker. Überall in der Europäischen Union erstarken Parteien, die eine EU-Mitgliedschaft des eigenen Landes ablehnen und die supranationale Zusammenarbeit einschränken wollen. Und häufig sind die EU-Skeptiker nicht nur kleine Gruppierungen am Rande. Im Gegenteil: in zwischenzeitlich 22 von 28 EU-Staaten (Stand: 01.06.2018) stellen sie die nationale Regierung, sind als Koalitionspartner an der Regierung beteiligt oder haben es ins nationale Parlament geschafft. Unsere Europa-Graphik gibt einen guten Überblick über die EU-Skeptiker auf dem Vormarsch.



EU-skeptische Partei an der Regierung (beteiligt)		EU-skeptische Partei im nationalen Parlament		
BE: Vlaams Belang	BG: Wolja, Vereinigte Patrioten	DK: Dänische Volkspartei	DE: Alternative für Deutschland	EE: Konservative Volkspartei Estlands
FI: Die Wahren Finnen	IT: 5 Sterne Bewegung, Lega Nord	FR: Front National, Unbeugsames Frankreich	GR: Goldene Morgenröte	IE: Fianna Fáil
LV: Nationale Allianz	LT: Ordnung und Gerechtigkeit	HR: Most	LU: Alternative Demokratische Reformpartei	NL: Freiheitspartei
AT: FPÖ	PL: Recht und Gerechtigkeit	SE: Schwedendemokraten	CZ: Bürgerpartei	
SK: Slowakische Nationalpartei	HU: Fidesz			
UK: Konservative Partei, UKIP				



Auch im Europäischen Parlament sind mehr als 20 % der Abgeordneten EU-Skeptiker. Aber nicht jeder, der an der EU Kritik übt, ist ein EU-Skeptiker. „EU-Skeptizismus“ wird nicht einheitlich definiert - als einfaches Merkmal bietet sich aber die Frage danach an, ob jemand (zum Beispiel eine Partei) die EU generell ablehnt und die EU-Mitgliedschaft in Frage stellt. Solche Parteien gelten als EU-skeptische Parteien. Sie fordern die weitgehende Rückverlagerung von Kompetenzen auf die Nationalstaaten – zum Beispiel mit der Forderung „take back control“. Hierfür ist auch der Begriff „harter EU-Skeptizismus“ gebräuchlich.

Im Unterschied dazu kritisieren andere Kräfte nur einzelne konkrete EU-Politikergebnisse, wie zum Beispiel strenge Sparauflagen der EU oder spezifische Handelsabkommen wie TTIP. Hier handelt es sich eher um „weichen EU-Skeptizismus“ oder um EU-Kritiker.

Hilfreich ist diese Unterscheidung auch deshalb, weil die Haltung der EU-Kritiker meist konstruktiver ist, als die der EU-Skeptiker. Erstere lehnen die Europäische Union nicht generell ab, sondern befürworten die europäische Integration. Aus dieser Haltung gehen auch Anregungen hervor, die bessere Ergebnisse der europäischen Zusammenarbeit bewirken.

Weitere Informationen zum EU-Skeptizismus finden Sie [hier](#) und [hier](#).

Themen des EU-Skeptizismus



Machttransfer: von Berlin nach Brüssel

EU-Skeptizismus artikuliert sich in unterschiedlichen Formen, sein Zustandekommen ist mehrschichtig. In der Politikwissenschaft werden verschiedene Erklärungs- und Interpretationsansätze aufgezeigt. Für unseren Newsletter arbeiten wir grob drei Linien heraus:

1. Sorge um Verlust von Identität und Souveränität

Die Europäische Integration erfordert eine Abgabe von Kompetenzen des Nationalstaats an die europäische Ebene. Dieser Souveränitätstransfer wird von vielen EU-Skeptikern als Machtverlust und Aufgabe der eigenen Steuerungsfähigkeit gesehen. Die Rede ist vielfach von einer „Fremdbestimmung aus Brüssel“ - ungeachtet der Tatsache, dass jeder Nationalstaat „in Brüssel“ mit-regiert.



Tatsächlich braucht es für eine Zusammenarbeit in Europa das Ausräumen verschiedener Interessen. Kompromiss-Lösungen müssen gefunden werden. Und das erfordert tatsächlich manchmal etwas mehr Zeit. Aber eine wachsende Anzahl von Problemkonstellationen, die im Rahmen einer immer enger vernetzten Welt, internationalen Herausforderungen und der wirtschaftlichen Globalisierung auftreten, begründen diesen Verzicht auf nationale Alleingänge. Gemeinsame Konzepte aller EU-Staaten können langfristig mehr erreichen. Umgekehrt bedeuten nationale Sonderwege oft eine bloße Problemverlagerung – ein Verschieben auf die Zukunft oder zulasten der Nachbarstaaten.

Dies gilt für globale Migrationsströme genauso, wie für Fragen des Klimawandels, Zölle und Handelsthemen sowie bei terroristischen Bedrohungen.

2. Die EU als neoliberaler Globalisierungsverstärker?

Fest steht: Die Globalisierung findet auch ohne EU statt. Die Frage ist aber, kann die EU diese gestalten oder verschärft sie den Wettbewerb sogar?

Innereuropäisch gilt: Der Binnenmarkt hat ohne Zweifel viele Vorteile – aber eben auch Nachteile. In einigen Bereichen entsteht zusätzlicher Druck aus der Öffnung der Märkte – für Unternehmen und Arbeitnehmer. Viele EU-Skeptiker und -Kritiker sehen die EU deshalb als Gefahr für den Wohlstand.

Die Debatte ist nicht neu: Schon seit den 1990er Jahren gibt es die Forderung, neben der Schaffung der Wirtschafts- und Währungsunion auch die Realisierung einer „politischen Union“ voranzutreiben. Damit sollen unerwünschte Effekte des Binnenmarkts korrigiert werden. Auch die Folgen der Globalisierung könnten so besser abgefedert werden.

Die Europäische Kommission hat zuletzt 2017 Pläne für ein faireres und sozialeres Europa vorgelegt: Mit der europäischen Säule sozialer Rechte soll eine Lücke geschlossen werden, die die Schaffung eines gemeinsamen Marktes bislang hinterlassen hat. Zur Umsetzung dieser sozialen Komponente braucht es aber die Bereitschaft der Nationalstaaten zur Zusammenarbeit in den Bereichen Sozialschutz und zum Beispiel Steuern (Stichwort: Steuerflucht und Steuergerechtigkeit).



Direkt gewählt: die Abgeordneten im Europäischen Parlament

3. Das „Demokratiedefizit“ vs. Partizipationsbedürfnis

Als „undemokratisch“ gilt vieles an der EU: Intransparenz, Bürokratie oder mangelnde Stimmgleichheit. Häufiges Grundproblem dabei ist, dass der Nationalstaat direkt mit der EU verglichen wird und zwischen nationalem Demokratiemodell und europäischer Ebene zwangsläufig Unterschiede festgestellt werden. Die Legitimationsketten sind zum Beispiel länger und Entscheidungswege im institutionellen Zusammenspiel von 28 Staaten komplexer. Es wird auf kleinere Länder etwas mehr Rücksicht genommen (Prinzip der degressiven Proportionalität). Und auch Regierungs- und Parteifunktionen sind nicht identisch zwischen nationaler und europäischer Ebene. EU-Skeptiker erheben aber genau das zum Prinzip und kritisieren dann, dass das System der EU diesen Anspruch nicht erfüllt.

Ohne Frage sind Kontrollmöglichkeiten und Partizipation wichtige Grundpfeiler einer Demokratie. Nur innerhalb der EU sind es eben andere als in einem Nationalstaat. Und sie sind im Wandel. Das „Projekt EU“ hat sich in den vergangenen Jahren immer weiterentwickelt. So hat zum Beispiel das direkt gewählte Europäische Parlament immer mehr Rechte hinzubekommen. Ein Lobbyisten-Register wurde eingeführt – im Unterschied übrigens zum Bund. Weitere direkt demokratische Elemente, wie die Europäische Bürgerinitiative, kamen hinzu und tragen dem Partizipationsbedürfnis Rechnung. Der nachfolgende Artikel zeigt die verschiedenen Wege der Partizipation auf.

Partizipationsmöglichkeiten in der EU



Bürgerbeteiligung an politischen Entscheidungsprozessen und die Chance zur Einflussnahme sind essentielle Bestandteile einer Demokratie. Die Europäische Union mit ihren unterschiedlichen Organen bietet vielzählige Möglichkeiten der direkten oder indirekten Partizipation ihrer Bürgerinnen und Bürger.

Die Europawahl als klassische Form der politischen Mitbestimmung findet alle fünf Jahre statt. Alle EU-Bürger können hier ihre Abgeordneten für das Europäische Parlament direkt wählen. Indirekt haben sie selbstverständlich auch über die nationalen Wahlen Einfluss auf europäische Politik, denn im Europäischen Rat und im Rat der EU agieren die Vertreter der nationalen Regierungen.

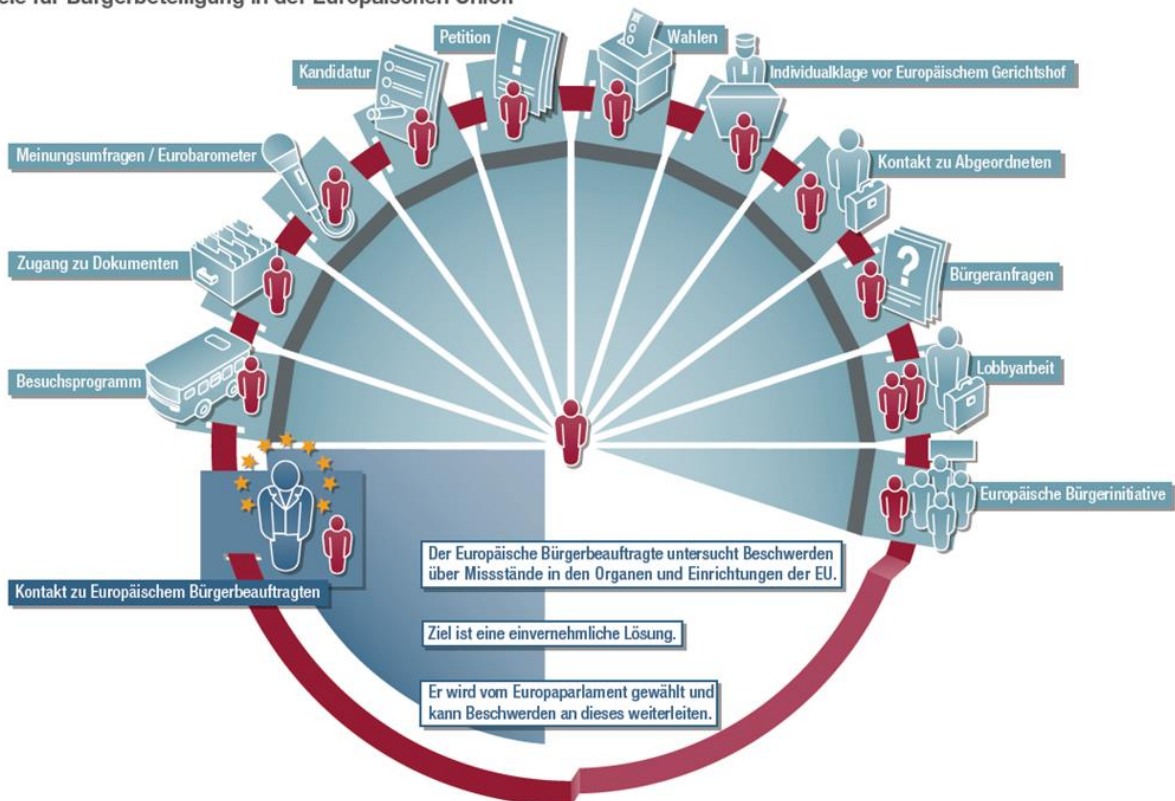


Aber auch während einer Legislaturperiode ist die Meinung der Bevölkerung gefragt. Konkrete Anliegen können mithilfe einer **Europäischen Bürgerinitiative** thematisiert werden: eine Million Bürgerinnen und Bürger aus einem Viertel der Mitgliedsstaaten sind nötig, um die Europäische Kommission aufzufordern, Vorschläge vorzulegen.

Alternativ kann auch eine **Petition** beim Europäischen Parlament eingereicht werden. Auf die Transparenz der parlamentarischen Arbeit wird besonders geachtet. Beispielsweise sind - anders als im Bundestag - (Ausschuss-) Sitzungen und Anhörungen öffentlich und werden **live im Internet** übertragen. Zusätzlich stehen in den Dokumentenregistern der Union die entsprechenden Unterlagen zur Einsicht zur Verfügung. Sollten dennoch Missstände oder Verstöße durch eines der Organe auffallen, kann sich der Einzelne an den **Europäischen Bürgerbeauftragten** wenden, der sich der Beschwerde annimmt.

■ Partizipationsmöglichkeiten

Beispiele für Bürgerbeteiligung in der Europäischen Union





Partizipation findet aber nicht nur in formalen Strukturen statt, sondern beginnt beim Individuum selbst. Durch zivilgesellschaftliches Engagement und aktive Meinungsäußerung. Fangen Sie gleich damit an und beteiligen Sie sich an der [online Konsultation](#) zur Zukunft Europas. Und: Geben Sie am 26. Mai 2019 Ihre Stimme bei der Europawahl ab!

Internationales Projekt zum EU-Skeptizismus: CITIZEU



Im Austausch mit internationalen EU-Experten aus anderen Städten arbeitet das Europabüro seit Januar 2018 noch enger am Thema EU-Skeptizismus. Im Projekt CITIZEU werden die Ursachen von EU-Skeptizismus beleuchtet und dessen Folgen für die Zusammenarbeit in Europa diskutiert.

Projektpartner sind Vertreterinnen und Vertreter aus den Städten Gijon, Genua, Alba Iulia, der Universität von Oviedo, einem belgischen Think Tank und einer finnischen Nichtregierungsorganisation. Auch interessierte Bürgerinnen und Bürger können daran teilhaben: Sogenannte „MOOCs“ (massive open online courses) stehen als [Lernangebot](#) kostenfrei im Internet zur Verfügung. Auch der grenzüberschreitende Austausch ist via [Onlineplattform](#) möglich. Da sich die Bürgerbeteiligung aber nicht nur in der virtuellen Welt abspielen soll, werden zusätzlich persönliche Begegnungen mittels mehrerer Bürgerdialoge angeboten.



Der erste Bürgerdialog des Projektes fand am 11. Mai 2018 im italienischen Genua statt. Der nächste Bürgerdialog wird am 20. September 2018 in Nürnberg durchgeführt. Für alle internationalen Gäste wird eine Simultan-Dolmetschung Deutsch-Englisch angeboten. Interessierte können sich schon jetzt den Termin vormerken. Weitere Informationen zum Bürgerdialog finden Sie in den nächsten Wochen auf unserer [Website](#). Gefördert wird das Projekt aus dem EU-Programm „Europa für Bürgerinnen und Bürger“.



Termine

20. September 2018 **CITIZEU Bürgerdialog Nürnberg zum Thema "Wachsender EU-Skeptizismus und Globalisierung: Zusammenhänge und Perspektiven."**
 Beginn: 18.30 Uhr
 Veranstaltungsort wird noch bekannt gegeben
22. September 2018 **EU-Tour durch die Nürnberger Altstadt**
 Spaziergang mit Informationen rund um die EU in Nürnberg im Rahmen der Stadtverführungen
 Treffpunkt: Vor dem Restaurant "Trödelstuben", Trödelmarkt 30, Nürnberg
 (Dauer: 60 Min)

Impressum

Stadt Nürnberg
 Europabüro
 mit Europe Direct-Informationszentrum Nürnberg
 Wirtschaftsrathaus
 Theresienstraße 9
 90403 Nürnberg

Telefon 09 11 / 2 31-76 76

Fax 09 11 / 2 31-76 88

E-Mail: europe-direct@stadt.nuernberg.de

<http://www.europa.nuernberg.de>

Facebook: <https://www.facebook.com/EuropeDirectNuernberg>

Wir hoffen, dass Ihnen unser Newsletter gefällt und freuen uns über Anregungen und Meinungen an europe-direct@stadt.nuernberg.de

Weitere aktuelle Entwicklungen und Nachrichten erhalten Sie jederzeit auch auf unserer Homepage unter <http://www.europa.nuernberg.de>

Ihr Team des EUROPE DIRECT-Informationszentrums Nürnberg!

Kontakt/ Impressum: Stadt Nürnberg • Wirtschaftsreferat/ Europabüro • EUROPE DIRECT-Informationszentrum Nürnberg • Theresienstraße 9 • 90403 Nürnberg • Telefon 09 11 / 2 31-76 76 • Fax 09 11 / 2 31-76 88 • E-Mail europe-direct@stadt.nuernberg.de
 Internet: <http://www.europa.nuernberg.de> • Facebook: <https://www.facebook.com/EuropeDirectNuernberg>

Dieser Newsletter wird per E-Mail versandt. Die Eintragung in die Verteilerliste ist über europe-direct@stadt.nuernberg.de möglich. Der Bezug kann jederzeit beendet werden. Fragen und Anregungen richten Sie bitte an: europe-direct@stadt.nuernberg.de